

LinksBlick



Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

Ich wähle das Original!

Der vom 14. bis 16. Juni 2013 in Dresden durchgeführte Bundesparteitag der LINKEN beschloss mit großer Mehrheit unser linkes Wahlprogramm für die Bundestagswahl am 22. September 2013. Noch sitzen über 70 LINKE Abgeordnete im Bundestag, 2009 mit einem zweistelligen Wahlergebnis von den bundesdeutschen Wählerinnen und Wählern für dieses Amt bestimmt. Ein ähnlich gutes Abschneiden ist notwendig, um die Regierenden zu bürgerfreundlichen Entscheidungen zu zwingen.

Wer hätte in den 90er Jahren oder Anfang des neuen Jahrtausends gedacht, dass alle Parteien – egal ob CDU/CSU, FDP, Grüne, SPD – von „Mindestlöhnen“ sprechen? Wie üblich, wenn ein Vorschlag von LINKS kam, wurde er als alternativlos abgeschmettert. Auf dem Dresdener Parteitag konnte Gregor Gysi mit Fug und Recht behaupten: „Egal wohin man schaut, wir haben die Anderen in Bewegung gesetzt und zum Abschreiben unserer Vorschläge gebracht. ... das ist doch ein Erfolg, ... und wir müssen sie noch viel weiter treiben, das ist unsere Aufgabe.“

Originell – nur bei der LINKEN

Mancher Wähler wird sich fragen: Warum DIE LINKE wählen, wenn die

anderen Parteien die „gleichen Ziele“ auf ihre Fahnen schreiben? Und hier beginnt die Trickserie der „Kopierer“. Ihr Wahlprogramm-Gedächtnis, die „kleinen Leute“ betreffend, reicht nur bis zu ihrer Wiederwahl bzw. Wahl. Danach folgt Politik im alten Stil. Oder hat Frau Bundeskanzlerin ihr Versprechen gehalten, die Ostrenten in dieser Wahlperiode an die Westrenten anzugleichen? Die seit 1. Juli 2013 erfolgte „Rentenerhöhung“ schafft nicht mal den Inflationsausgleich geschweige denn eine einheitliche Rente in Ost und West. Erstaunlich, dass diese Maßnahme kurz vor der nächsten Bundestagswahl erfolgt ist! Das alles 23 Jahre nach der Herstellung der staatlichen Einheit.

Wenn eine Partei mit ihren Wahlforderungen „am Ball“ geblieben ist, dann ist es DIE LINKE. Und eine Forderung haben die anderen Parlamentsparteien noch nicht in ihr Wahlprogramm aufgenommen: „DIE LINKE ist die Partei des Friedens – die einzige im Parlament. Wir stehen für einen sofortigen, bedingungslosen Abzug der Bundeswehr aus den Auslandseinsätzen und den Stopp von Waffenexporten.“ (Einleitung des Wahlprogramms) Mit dieser Forderung stehen wir im Einklang mit über 80 Prozent der deutschen Wähle-

Fortsetzung auf Seite 2

Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des BilderRätsels der letzten Ausgabe

Seite 7

Zitiert ...

„... Doch ich halte daran fest, trotz allem, weil ich noch stets an das Gute im Menschen glaube.“

Tagebucheintrag von Anne Frank

DIE LINKE.

Fortsetzung von Seite 1

rinnen und Wähler. Wieviel Geld, das für Kampfdrohnen und Eurofighter verpulvert wird, könnte sinnvoll für Kitas, Schulen Hochschulen, soziale und ökologische Projekte ausgegeben werden, wenn ...?

Hartz IV ist Armut per Gesetz!

Allein die Arbeitslosigkeit, die zu Hartz IV führt, hat katastrophale Folgen. Nicht nur die Rente wird unter die Armutsgrenze gedrückt. Auch die Teilhabe der betroffenen Menschen am sozialen, kulturellen und sportlichen Leben wird auf ein Minimum reduziert. Auf die Rentenhöhe wirkt sich auch der geringe Lohn aus, besonders im Osten. Deshalb fordert DIE LINKE „... einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde“, „... eine Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro netto – darunter droht Armut“. „...weg mit dem Hartz-IV-System. Im ersten Schritt müssen die Sanktionen beseitigt und die Hartz-IV-Sätze auf 500 Euro erhöht werden.“ Wir

verlangen die Einführung einer „Kindergrundsicherung“.

Das Wahlprogramm ist bezahlbar

Uns wird vorgeworfen, Luftschlösser zu bauen, die unbezahlbar seien. Mit



der solidarischen Umverteilung – z. B. Spitzensteuersatz von 53 Prozent bei

hohen Einkommen und Millionärssteuer – kann das Wahlprogramm umgesetzt werden. Allein für Investitionen sind 100 Milliarden Euro vorgesehen.

Die Vorstellungen zeigen die Einheit von Sozialstaat und Demokratie. „DIE LINKE verteidigt die sozialen Grundrechte der Menschen als Grundlage von Demokratie und Gerechtigkeit. Wir wollen eine inklusive Gesellschaft ...“, heißt es u.a. in den in 16 Punkten zusammengefassten Forderungen unserer Partei.

Das alles sind einzelne kleine Schritte zu einer gerechten, demokratischen Gesellschaft. „Sozialismus geht nur demokratisch, oder es ist keiner“, stellte Gregor Gysi in seiner Rede fest.

Wenn Wählerinnen und Wähler gesellschaftliche Bedingungen verändern wollen, bleibt nur eine Alternative für den 22. September, die Druck macht auf die Regierenden: Das soziale Original wählen – DIE LINKE.

Das Parteiprogramm ist im Internet unter www.die-linke.de abrufbar.

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

Altersarmut verhindern

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hatte schon 2012 vor einer Senkung des Rentenversicherungsbeitrages gewarnt und statt dessen den Aufbau einer Demografie-Reserve gefordert und die Berechnungen dazu vorgelegt.

Der DGB hat trotz der umstrittenen RV-Beitragssenkung von 19,6 % auf 18,9 %, für 2013 ein aktualisiertes Konzept erarbeitet. Die Berechnungen dafür hat die Deutsche Rentenversicherung Bund im Februar 2013 erstellt. Diese Berechnungen zeigen deutlich, der Aufbau einer Demografie-Reserve ist auch mit 18,9 % möglich. Es ist aber höchste Zeit zum Handeln, um allgemeine Altersarmut zu verhindern. Die Gesetzliche RV darf nicht weiter geschädigt werden. Die Berechnungen zum Aufbau dieser Reserve ergeben bei jährlich 0,2 % RV-Beitragserhöhung Folgendes:

1. Die gesetzliche Begrenzung des RV-Beitrages von 22 % im Jahr 2030 durch die Bundesregierung bleibt erhalten.

2. Der Rentenbeginn ab 67 Jahre könnte bis 2030 ausgesetzt werden und sogar noch darüber hinaus.

3. Das Rentenniveau würde auf lange Sicht stabilisiert und brauchte nicht wie vorgesehen auf 43 % gesenkt zu werden.

4. Die geringen Erwerbsminderungsrenten könnten deutlich aufgestockt werden.

5. Über 2030 hinaus bleiben noch hohe Rücklagen für weitere Stabilisierung.

Die Bundesregierung kündigt aber weitere Senkungen des RV-Beitrages auf 18,4% an. Ich befürchte, das ist nicht nur Wahlgetöse, sondern die RV soll wie die Gesetzliche Krankenversicherung auf möglichst niedriges Ni-

veau gesenkt werden. Danach werden Arbeitgeber-Beiträge festgeschrieben und die Arbeitnehmer-Beiträge sollen dann die zukünftigen RV-Beitragserhöhungen flexibel abfangen. Nach geltendem Recht muss der RV-Beitrag ab 2019 wesentlich gesteigert werden, um das gesetzliche Ziel der Deckelung des Beitrages von 22 % im Jahr 2030 zu erreichen. Wer die RV wenigstens auf heutigem Niveau erhalten und allgemeine Altersarmut verhindern will, muss jetzt umsteuern und darf die RV nicht weiterhin schädigen.

Noch ist es möglich, mit der zur Zeit vollen Rentenkasse und maßvoller jährlicher Steigerung von 0,2 % eine Demografie-Reserve aufzubauen und das Rentenniveau auf lange Sicht zu stabilisieren. Es müsste aber politisch gewollt sein. Dann könnte die Rente auch wieder sicher werden.

Rainer Weigt, Klein Schulzendorf

Immer wieder dasselbe

1. *Wahlkampf steht nun wieder an,
so mancher prahlt, soviel er kann.
Was er so alles schon gemacht
oder auf guten Weg gebracht.*
2. *Da wird versprochen und geschönt,
in Wahrheit wird das Volk verhöhnt.
Denn ist die Wahl erstmal vorbei,
ist es geschehen um das soziale Geschrei.*
3. *Der Bürger ist nicht mehr gefragt,
gemacht wird, was die Lobby sagt.
Da profitiert die Wirtschaftsmacht,
aber ans Volk wird nicht gedacht.*
4. *Die CDU war mal ganz unverdrossen,
beim Parteitag in Dresden ward es beschlossen.
Zur Rentenangleichung Ost war man bereit,
jetzt hat man damit sehr viel Zeit.*
5. *Bahr spricht laufend von Gesundheitsreform.
Das Wohl der Menschen sei die Norm.
Was er jedoch bisher gebracht,
hat nur Konzerne reich gemacht.*
6. *Viele sprechen jetzt von Mindestlohn,
doch jeder meint was and'res schon.
Flächendeckend Lohn für gutes Leben
wird es mit denen niemals geben.*
7. *Gute Zukunft braucht Europas Jugend.
Bildung und Arbeit sehe ich als Tugend.
Diese kosten aber allerhand Geld,
was durch Rüstung und Banken überall fehlt.*
8. *Drum geht zur Wahl, doch gebet acht,
was wer gesagt und was dann gemacht.
Steht wer zum Wort von Anbeginn,
der ist für uns ein Hauptgewinn.*

Rainer Weigt

Strom muss bezahlbar bleiben

Nach jüngsten Berechnungen des unabhängigen Vergleichsportals Verivox liegen die tatsächlichen Stromkosten von Hartz-IV-Betroffenen rund 20% über dem im Regelsatz vorgesehenen Bedarf von rund 32 Euro für alleinstehende Hilfeempfänger. Strom darf auch für Hartz-IV-Betroffene in Brandenburg nicht zum Luxusgut werden. Aufgrund der steigenden Strompreise, nicht zuletzt in Folge des Anstiegs der EEG-Umlage, reicht der Ansatz in Höhe 32 Euro im derzeitigen Hartz-IV-Regelsatz für Alleinstehende nicht mehr aus, um die durchschnittlichen Stromkosten eines Single-Haushalts zu bezahlen.

In Brandenburg liegen die monatlichen Stromkosten bei einem Jahresverbrauch von 1500 Kilowattstunden bei 40 Euro. Damit sind die Leistungen für Hartz-IV-Betroffene nicht auskömmlich. Deshalb fordert DIE LINKE, diese soziale Schieflage abzustellen und die Berechnungsgrundlagen für den Hartz-IV-Regelsatz anzupassen.

Es ist bezeichnend für den unsozialen Ansatz der Bundesregierung bei der Umsetzung der Energiewende, dass Großunternehmen, Supermarktketten und sogar Golfplätze von der EEG-Umlage befreit sind, diese Umlage voll auf Empfänger von Sozialleistungen durchschlägt. Hier ist akuter Handlungsbedarf für die Bundesregierung. Das sollte auch die brandenburgische CDU-Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl Katherina Reiche endlich erkennen und ihren Einfluss im Sinne der betroffenen Hartz-IV-Bezieher gegenüber Bundes-CDU geltend machen. Außerdem erinnere ich in diesem Zusammenhang an den Vorschlag der LINKEN, ein sozial-ökologisches Stromtarifmodells mit kostenlosem Grundkontingent pro Haushalt einzuführen. Damit würden Hilfeempfänger, aber auch alle anderen Verbraucher, die sparsam mit Strom umgehen, entlastet.

Christian Görke, Fraktionsvors.
DIE LINKE. im Landtag Brandenburg

Wehlan auf Tour

Auch in diesem Jahr ging ich wieder auf Landtour, um mit Bürgern und Amtsträgern über die aktuelle Politik im Land wie auch im Kreis ins Gespräch zu kommen. Dabei wurden keine Themen ausgespart – auch unliebsame nicht wie beispielsweise die Windkraftentwicklung, die besonders im Süden des Landkreises Teltow-Fläming für Proteste und Einwände sorgt. Und so war es auch an diesem Tag, ob in Ilmersdorf auf dem Dorfanger und in der Kirche mit Bürgermeister, Pfarrer und Gemeindevertreter, im Bürgermeistergespräch in der Gemeinde Niederer Fläming, oder am Infostand in Hohenseefeld – Windräder außerhalb der geplanten Windeignungsgebiete im Regionalplan will keiner haben. Hier steht die Erwartung, das EEG diesbezüglich zu ändern.

Bei der Eröffnung der Wanderausstellung des Landesbauernverbandes mit den prämierten Fotos über das Leben im ländlichen Raum in der Gemeindeverwaltung Niederer Fläming war die aktuelle Agrarpolitik Thema. Dazu wurde mit der Geschäftsführung der Agrargenossenschaft Welsickendorf ein weiterer Termin vereinbart. Bei der Süßmost- und Weinkeltere in Hohenseefeld unterzeichnete die Geschäftsführung bei unserer Ankunft gerade den Arbeitsvertrag mit dem Azubi und nun Angestellten Sascha. Fast alle Fächer wurden mit der Note 1 abgeschlossen. Ein wahrer Zugewinn für das Unternehmen und die ländliche Region.

Am zweiten Tag ging es zunächst nach Jüterbog. Der Bürgermeister, Herr Raue, informierte über die aktuellen Projekte in der Stadt, wie den Neubau der Kita und den Kauf des Grundstückes altes Kino „Schauburg“ – alles denkmalgeschützte Häuser mit den entsprechenden Auflagen. Wir machten einen Stadtrundgang dahin. Kurz hinter dem Kino die alte Polizeiwache, die noch zu Schönbohms Zeiten geschlossen wurde. Kein schöner Anblick: zerbrochene Fensterscheiben, der Verfall schaut aus

dem Mauerwerk und alles in privater Hand. Das macht der Stadt Probleme. Dann das Mittagessen im „Schmied zu Jüterbog“. Eine leckere Speisekarte ... Kann ich nur empfehlen.

Ja, das mittelalterliche Jüterbog ist immer eine Reise wert.



Gut gerüstet für die Landtour

Weiter ging es nach Niedergörsdorf. Zuerst ein Besuch in der alten Grundschule – heute Friseur und Pflegeheim. Alles noch gut im Betrieb – ein Plausch mit den Pflegebeschäftigten und beim Friseur nebenan. Dann nur ein paar Schritte weiter an der Turnhalle die Sportgruppe Niedergörsdorf. Die Jüngste ist 49 – die Älteste ist 80 Jahre. Gemeinsam mit ihrer Physiotherapeutin werden Dehnübungen, Geschicklichkeit und ein bisschen Ausdauer absolviert. Bei den Temperaturen – Hut ab! Ein kleiner Small Talk war auch drin und so erfuhr ich, dass Frauen auch im Pflegeheim ehrenamtlich helfen. Sie fahren mehrmals in der Woche die Pflegebedürftigen mit ihren Rollstühlen aus, erzählen mit ihnen und werden regelrecht erwartet.

Zum Abschluss: Bürgermeistergespräch mit Herrn Rauhut. Natürlich war die Landratswahl im Kreistag Thema, aber auch die Bürgermeisterwahl in Niedergörsdorf, die mit der Bundestagswahl stattfindet. Weitere Themen waren die Verjährungsregelung zu den altangeschlossenen Grundstücken beim Abwasser, der Ausgleichsfond für die Kommunen

und die aktuellen Diskussionen zur Gemeindegebietsreform. Schnell noch ein freundliches Hallo bei Frau Schlanke in der Gemeindeverwaltung und dann ging es wieder Richtung Luckenwalde.

Am dritten Tag ging die Landtour von Oehna über Langenlipsdorf nach Welsickendorf. In Oehna angekommen, wurde die Tasche geschultert und ab ging's durchs Dorf. Beim Gasthof Witte war der Hofgarten schon geöffnet. Gegenüber bei der „Firma sausetritt“, werden Liegeräder zur Ausleihe angeboten. „Vier Jahre muss man in dieser neuen Branche durchhalten, dann müsste es sich aber langsam tragen“, so Herr Stahlberg. Er erzählte über die großen Anstrengungen, die gemeinsam im Dorf unternommen werden, um zu werben und sich gemeinsam besser zu vermarkten. Bildhauer, Grafiker, Pensionen, Gaststätte, das Freibad, der Bahnhof – all das ist gut, um Touristen nach Oehna zu locken. Neun Werberäder sollen eigens dazu aufgestellt werden.

Von Oehna geht's nach Langenlipsdorf zu SIK-Holz. Seit 25 Jahren besteht der Betrieb, hat 200 Mitarbeiter und stellt Spielgeräte aus Robinienholz her und das für Spielplätze auf der ganzen Welt. Auch heute waren Kunden aus Frankreich da. Noch ein kleiner Imbiss in der Kantine und ein Schwätzchen mit der Chefin, die schon seit 18 Jahren dort arbeitet. Dann ging es weiter durchs Dorf.

Hier hielt schon ein älterer Herr mit Moped nach uns Ausschau. Schnell waren wir im Gespräch und er lud uns in sein Traditionszimmer ein. Hier erschloss sich ein Bild aus längst vergangener Zeit. Alte Urkunden und Bilder, Uniformen, Wanderfahnen, Brigadebücher..., „Zukunft braucht Geschichte“, waren seine Worte. Wir können doch nicht alles auf den Müll schmeißen.

Gleich nebenan ist ein Bauunternehmen, das sich auch schon viele Jahre am Markt behauptet und

Fortsetzung auf Seite 5

wichtiger Arbeitgeber, aber auch Sponsor für Kultur und Sport in der Region ist. Bauunternehmer und Obermeister der Innung, Bernd Dieske, informierte über eine gute Auftragslage in diesem Jahr. „Wir zahlen einen Mindestlohn von 10,25 Euro – sind also besser als das Brandenburger Vergabegesetz“, so seine Worte. Probleme hat er mit Firmen, die über Werksverträge Ausschreibungsbedingungen unter-bieten. Er würde sich hier ein schärferes Hinsehen von den Kommunen wünschen. „Letztlich bleibt das Geld doch in der Region, wenn ich meine Arbeiter ordentlich entlohne und davon hat dann jeder was.“

Von Langenlippsdorf ging es weiter nach Welsickendorf. Der LKW- und der Autoverkehr auf der Bundesstraße teilt das Dorf. Die Fahrzeugbelastung ist schon sehr hoch, erfahren wir von Familie Winzer. Aber dann sind wir ganz schnell bei den landwirtschaftlichen Themen, den aktuellen und für die örtliche Agrargesellschaft guten hohen Kartoffelpreisen, den Düngungsfragen heute und damals und der EU-Förderperiode. Herr Winzer war ein anerkannter Kartoffelspezialist und ich spürte schnell die alte Leidenschaft. Mit seinem Sohn und seiner Schwiegertochter habe ich in Cottbus studiert – unsere Jungs bekamen wir während des Studiums. Nun, keiner der Kinder hat einen Landwirtschaftsberuf ergriffen. Ja, die Fachkräftesicherung ist ein wichtiges Thema, und besonders für den ländlichen Raum. Und so mancher Bauernhof wird nur noch allein bewirtschaftet – oder steht bereits leer.

Zur „Sprechstunde unter freiem Himmel“ ging es am letzten Tag auf den Dahmer Marktplatz. Schon um 8 Uhr war ein reges und buntes Markttreiben zu spüren. Wie immer postierten wir unseren Infostand neben dem Bäckerauto mit dem Blick zum Rathaus. Gleich nebenan die

nette Frau aus Ilmersdorf, die immer, wenn der Garten was hergibt, frisches Gemüse anbietet. Auch heute gab es wieder unseren obligatorischen Plausch und ich war gleich im Bilde über alles, was im letzten Jahr so passierte. Die neue Hüft-OP, was die Enkelchen so machen und dass sie



Im Gespräch mit dem Bürgermeister der Gemeinde Niedergörsdorf, Wilfried Rauhut

in der letzten Ferienwoche wieder bei Oma sein werden. Sie freue sich schon sehr darauf, auch weil die Enkel sie jung halten. Und die Landratswahl, zweimal war sie nun wählen und alles für die Katz. „Was wird denn nun mit der Wahl? Wird der Kreistag Sie wählen? Und Sie, Frau Wehlan, treten Sie an?“ Ja, das tue ich.



Erika Kirschner vor dem „Fläminghaus“

Nun noch den frischen Salat, die Kartoffeln und Bohnen gekauft und dann zur Sprechstunde. Na ja, eigentlich hatte sie ja längst begonnen, denn am Bäckerauto und Kaffeestand ging es munter weiter ... Ganz interessiert kam ein Mann an unseren Tisch. Er wolle wissen, was DIE LINKEN denn so im

Land bewegt haben und was denn nun beim Abwasser wird. Und eine Mutter, die voller Freude über die Ausbildungszusage für ihren Sohn erzählte und auch darüber, dass er dann die Region verlassen müsse. Ihr Sohn geht nun nach Berlin und ob er dann wohl wiederkommen würde...?

„Aber ich denke positiv, erst einmal ist wieder eine Hürde genommen“, sagt sie.

Was auffällt, die Buchhandlung am Markt ist nun geschlossen. Überhaupt haben sich schon viele Geschäftsinhaber rund um den Markt verabschiedet. Das bewegt die Menschen und die Frage, wie es mit ihrer Region weitergeht. Die Rückfahrt

wähle ich nicht wie gewohnt über Jüterbog, sondern über Gebersdorf. Marktleute hatten über das schwere Unwetter berichtet. Die Bäume in der Schlossruine in Dahme wurden einfach umgeknickt. Auch die Bäume entlang der Straße zwischen Gebersdorf und Buckow waren betroffen. Die Beräumarbeiten liefen noch und besonders große Exemplare lagen mitten auf dem Maisfeld. Die Kühe auf der anderen Straßenseite ließen sich davon nicht stören ...

In Heinsdorf angekommen, fällt sofort die Kirche in den Blick. 2007 begann der Förderverein das einzige Wahrzeichen des Ortes Heinsdorf wieder aufzubauen. Einige Meter entfernt der Dorfteich und dahinter der alte Gutshof, wo das Internat der Berufsschule des VEG Petkus untergebracht war. Hier lebte ich während meiner Lehre zum Agrotechniker/Mechanisator. In Petkus war dann noch ein kurzer Zwischenstopp beim Ortsvorsteher, Helmut Werner, drin.

Eine rundum gelungene Tour in die schöne Landschaft im Süden Teltow-Flämings mit vielen interessanten Menschen und aufschlussreichen Gesprächen. Ich freue mich schon auf das nächste Mal.

Kornelia Wehlan, MdL

Neues aus dem Landtag von Kornelia Wehlan

Gesundheit steht im Mittelpunkt

Die Optimierung der Gesundheitsversorgung in der Region, um die Lebensqualität der Menschen zu erhöhen, ist neben dem Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum - wichtigstes Ziel der Gesundheitswirtschaft. Angesichts der demografischen Entwicklung ist das eine Herausforderung ersten Ranges. Dazu gibt es einen Masterplan Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg, der jetzt unter diesem Gesichtspunkt fortgeschrieben wird. DIE LINKE begrüßt die Schlussfolgerung aus der Evaluation dieses Masterplans, dass bei der Weiterentwicklung der Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg immer sozial- und wirtschaftspolitische Aspekte zusammen gesehen werden müssen. Wir sind froh, dass sich die Landesregierung mit der Fortschreibung des 3. Krankenhausplanes zum Erhalt aller Krankenhausstandorte im Land bekannt hat.

Auf der Basis einer stabilen stationären Versorgung müssen jedoch neue Wege gesucht und beschritten werden. Gefragt sind sektoren- und fachübergreifende bis hin zu länderübergreifenden Formen zur Sicherung der gesundheitlichen Versorgung. Dies gilt auch für die optimale Nutzung vorhandener Ressourcen. Das erfordert eine verstärkte Zusammenarbeit von Ärzt_innen mit den in Pflegeberufen und anderen Gesundheitsfachberufen Beschäftigten und eine stärkere Vernetzung aller an gesundheitlicher Versorgung Beteiligten. Starre Sektorengrenzen müssen aufgebrochen und Leistungen möglichst wohnortnah erbracht werden. Gebraucht werden integrierte Versorgungsformen und mehr Möglichkeiten: Es gilt einerseits, Menschen zur gesundheitlichen Versorgung, aber umgekehrt auch gesundheitliche Versorgung zu den Menschen zu bringen.

Bei der Realisierung dieser Zielstellungen stehen wir bei weitem nicht am Anfang. Ein besonders gutes Bei-

spiel dazu liefert die Entwicklung der Telemedizin in Brandenburg. Dabei geht es um ein flächendeckendes telemedizinisches Versorgungsnetz für Menschen mit Herzinsuffizienz ab einem bestimmten Schweregrad. Ziel des Projektes ist es, besonders in ländlichen, strukturschwachen Gebieten die Versorgung für Herz-Kreislauf-Erkrankte zu verbessern. Ähnliche Modelle gilt es für andere Bereiche der gesundheitlichen Versorgung zu entwickeln, um eine qualitativ hochwertige gesundheitliche Versorgung in allen Teilen der Region vorzuhalten.

Schutz für die Bienen

Bienen gehören zu den wichtigsten Nutztieren: Ihre Bestäubungsleistung entspricht in Deutschland einem volkswirtschaftlichen Nutzen von zwei Milliarden Euro. Allen Unkenrufen zum Trotz ist die Imkerei wieder auf dem Vormarsch. In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der Bienenvölker in Brandenburg von 29.500 auf 38.900, die der Imker von 2.300 auf 3.500 gestiegen. Trotzdem gibt es Probleme durch Krankheitserreger, aber auch durch weniger Blühpflanzen in der Landschaft und wohl auch durch Umweltgifte. Der Landtag hat deshalb einem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen zugestimmt, der die Förderung der Bienenforschung und ihrer Anwendung sowie der Imkerei und des Einstiegs von Jungimker_innen absichert. Mit Hilfe der Agrarumweltmaßnahmen sollen die Lebensbedingungen für Bienenvölker verbessert, Schäden durch den Einsatz bienengefährlicher Pflanzenschutzmittel sollen vermieden werden.

Solidargedanken stärken

Die Sozial- und Jugendhilfelasten – die kreisfreien Städte und Landkreise haben sie zu tragen – sind in den vergangenen Jahren in Brandenburg extrem angestiegen. Das brandenburgische Finanzausgleichssystem hat vorrangig



die Aufgabe, einen Ausgleich zwischen Kommunen unterschiedlicher wirtschaftlicher und damit fiskalischer Leistungsfähigkeit herbeizuführen. Deshalb wollen wir einen zusätzlichen Sozial- und Jugendhilfelastenansatz in Höhe von 20 Millionen Euro in das Finanzausgleichsgesetz (FAG) integrieren. Damit soll der Einstieg in eine bedarfsgerechtere, an den realen Lasten orientierte Zuweisung erfolgen. Die kreisfreien Städte und Landkreise, die nachweisbar höhere Lasten zu tragen haben, sollen künftig mehr Geld über diesen interkommunalen Ausgleich bekommen. Darüber hinaus wollen wir die Ausweitung des Demografiefaktors von jetzt drei auf fünf Jahre. Diese Erweiterung würde nicht nur im Jahr 2014, sondern bis 2016 die Auswirkungen statistischer Einwohnerverluste in Folge der Zensusergebnisse abfedern. Wegen der unterschiedlichen Einwohner_innenentwicklung in Brandenburg nehmen wir durch diese Ausweitung einen Solidarausgleich zu Gunsten der berlinferneren Regionen vor. Die betroffenen Kommunen haben dann drei Jahre Zeit, sich auf die Folgen des Einwohnerverlustes einzurichten. Mit dieser Gesetzesinitiative geht Rot-Rot konsequent den Weg einer solidarischen Kommunalfinanzierung weiter: Sie bleibt verlässlicher Partner der Kommunen. <

Kornelia Wehlan, MdL
Wahlkreisbüro Zinnaer Straße 36,
14943 Luckenwalde
Tel: 03371-406544
www.konni-wehlan.de

Deutsch-chinesische Freundschaft – warum?

Oftmals werden Mitglieder des Deutsch-Chinesischen Freundschaftsvereins e.V. Ludwigsfelde (DCFV) gefragt, weshalb ihnen denn diese Freundschaft so wichtig sei, berichten doch unseriöse Medien hierzulande, die Entwicklung der Volksrepublik China sei unredlich, unvernünftig, verachtenswert, eine kommunistische Diktatur eben.

Dieses Zerrbild ist unzutreffend, denn die tatsächliche Politik und Entwicklung der VR China ist wesentlich anders.

Sie ist gekennzeichnet von einer stabilen volkswirtschaftlichen Entwicklung, die zunehmend stark auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse ausgerichtet wird.

Die kraftvolle ökonomische Entwicklung verleiht ihr weltpolitisch immer mehr Einfluss, die Außenpolitik basiert nach wie vor auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz und das, obwohl die USA und andere westliche Länder ihre militärische Präsenz bedrohend im asiatisch-pazifischen Raum verstärken. Auf den Finanzmärkten der Welt kann sich die VR China zunehmend behaupten, eine Führungsrolle strebt sie nicht an. Der Außenhandel basiert auf gegenseitig vorteilhaften Beziehungen. Unternehmen wissen die Zuverlässigkeit zu schätzen und

distanzieren sich wiederholt von den unzutreffenden Einschätzungen ihrer Regierungen, wobei insbesondere die Merkel-Regierung eine negative Rolle spielt. Mit ihrem Ansinnen, die Menschenrechte (sprich andere Machtverhältnisse) in solchen Staaten herstellen zu müssen, die sich nicht den Verwertungsbedingungen des Kapitals unterwerfen, ist für Menschen mit einem normalen Realitätssinn schon beschämend. Die VR China hat inzwischen die Stärke und das Selbstvertrauen erreicht, sich nicht bevormunden lassen zu müssen und ihren eigenen Weg zu gehen, nämlich den, den Sozialismus chinesischer Prägung weiter auszubauen.

Im DCFV sind Mitglieder organisiert, die diese Entwicklung mit großer Sachkunde realistisch einschätzen und in Vorträgen wiedergeben können. Probleme, die das chinesische Volk zu bewältigen hat, werden dabei offen zur Sprache gebracht.

Auch die hoch entwickelte Kultur des Landes verdient es, in der Öffentlichkeit umfassender dargestellt zu werden. Das Chinesische Kulturzentrum in Berlin unterstützt den Verein bei diesem Vorhaben mit Einladungen zu hochrangigen Kulturveranstaltungen und guten Ratschlägen für die Vereinsarbeit. Ein Künstler unseres

Vereins hatte sogar die Möglichkeit im Chinesischen Kulturzentrum mit einer eigenständigen Ausstellung seine Bilder in chinesischer Tuschkmalerei vorzustellen.

Andere Mitglieder berichten gern von ihren touristischen Erlebnissen, insbesondere von den Sehenswürdigkeiten des Landes, von der Hilfsbereitschaft und von der Freundlichkeit der Menschen dort.

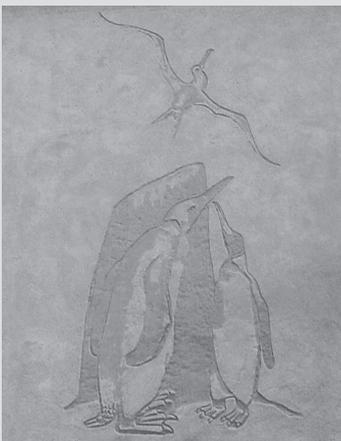
Weitere Aktivitäten des Vereins sind beispielsweise Informationen über die traditionelle und moderne Medizin Chinas. Beim Sommerfest der Vereine in Ludwigsfelde, bei dem auch unser Verein seit Jahren präsent ist, stellte ein chinesischer Heilpraktiker ein modernes Massagesystem vor.

Gäste, die unsere Veranstaltungen besuchen und / oder das persönliche Gespräch mit unseren Mitgliedern führen, sind immer wieder angetan von ihren Kenntnissen über die Geschichte, Gegenwart und Entwicklung des Landes, von ihrem Engagement für das chinesische Volk.

Die deutsch-chinesische Freundschaft ist keinesfalls ein Makel, als das sie oftmals hingestellt wird, sondern ein Ansporn zum genaueren Hinschauen und zum Weitergeben von Wissen.

Manfred Gustke, Luckenwalde

Auflösung BilderRätsel



Die Abbildung zeigt ein Motiv nach dem „Lied des Sturmvogel“ von Maxim Gorki (1868-1936).

Es befindet sich am Haus Potsdamer Straße/Maxim-Gorki-Straße in Ludwigsfelde. Dieses Wohnviertel, das sog. Dichterviertel, wurde ab 1951 als erste sozialistische Wohnstadt im Bezirk Potsdam gebaut.

1901 verfasste Gorki nach einer Studentendemonstration in Sankt Petersburg, die durch das brutale

Eingreifen der Polizei in einem Massaker endete, das Lied vom Sturmvogel. „Der Sturm“, von dem dieser Vogel mit der Kraft des Zorns, der Flamme der Leidenschaft und der Gewissheit des Sieges kündete, wurde in revolutionären Kreisen vorgetragen und genutzt.

Bevor Maxim Gorki von seiner schriftstellerischen Arbeit leben konnte, vergingen viele Jahre der Armut, in denen er sich mit Hilfsarbeiten über Wasser hielt. <

Deichbruch bei unseren Nachbarn

Feuerwehr, THW, Bundeswehr und freiwillige Helfer kämpften schon Tage an den Deichen der Elbe, so auch bei Fischbeck in der Altmark. Der Montag, 10.06.2013, war erst einige Minuten alt, als ihr Kampf aussichtslos wurde. Der Damm an der Elbe gab nach. Augenblicklich ergossen sich Tausende Kubikmeter Elbewasser durch einen Deichbruch. Es sollten am Ende Millionen von Kubikmetern werden. Kurz zuvor konnten die Bewohner der rechtselbischen Gemeinde Fischbeck gewarnt werden. Früh am Morgen schon musste die Bahnstrecke Berlin – Hannover gesperrt werden. Die Bundesverkehrsstraßen 107 und 188 waren zu diesem Zeitpunkt und in diesem Bereich schon nicht mehr passierbar. Auch Schönhausen und Kabelitz waren längst überflutet. In dem ca. zehn Kilometer von der Elbe entfernten Wust kämpften die Bewohner und Helfer noch gegen die Wassermengen und verloren am 11. Juni dann doch noch. Am Ende waren nicht nur alle Gemeinden von Wust und Fischbeck vom Elbwasser eingeschlossen, auch nördlich gelegene Orte wie Schönhausen, Klietz, Schönfeld, Kammern, Wulkow und andere sollte bald ein gleiches Schicksal ereilen.

Der parteilose Bürgermeister Bodo Ladwig hat im vergangenen Monat so wenig geschlafen wie wohl nie in seinem Leben zuvor. Eine kühne Idee half letztlich den geplagten Anwohnern der Elbgemeinden. Drei schrottreife Schiffe wurden am Deichbruch ver-



Bilder der Zerstörung Fotos: W. Müller

senkt. Heute schützt eine Spundwand provisorisch vor weiteren Überraschungen, die von der Elbe drohen könnten. Während bei meinem Besuch der Gemeinde Fischbeck am 23. Juni noch das Elbwasser auf den Straßen stand, war es am 30. Juni immer noch unmittelbar hinter dem Deich und an niederen Ortslagen anzutreffen.

Ein Bewohner von Fischbeck er-

zählte mir, dass in seinem Haus das Wasser etwa 1,5 m hoch stand. Kurz vor dem Hochwasser hat er sein Heim auf Vordermann gebracht, weil er es veräußern wollte. Der Zeitpunkt eines möglichen Verkaufes steht jetzt wohl in den Sternen. An vielen Stellen der Gemeinde trifft man Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet. Viele helfen den geplagten Einwohnern, andere informieren sich einfach nur. Das Entsetzen über die Katastrophe verbindet alle. Ich treffe dort auch ein Opfer aus Klietz. Er sagt mir, dass auch sein Haus unter Wasser steht. Er wolle die Stelle sehen, an der die Elbe stärker war als die Menschen.

Kurz hinter der gebrochenen Stelle am Deich befindet sich ein Schweinezuchtbetrieb. Diesen und ein daneben neu gebautes Einfamilienhaus hat die gesamte Wucht der Elbe getroffen. Die Spuren der Elbeflut sind in Fischbeck unverkennbar. Ich musste erkennen, dass die gesamte Region erst am Beginn der Beseitigung der Flutschäden ist. Obwohl das Medieninteresse fast gänzlich verschwunden ist, brauchen die Opfer immer noch und gerade jetzt den größten Teil der Hilfe. Nach Aussagen der Stendaler Geschäftsstelle der LINKEN gibt es auch GenossInnen unter den Geschädigten. Der Stendaler Kreisvorstand versucht gemeinsam mit dem Landesverband Sachsen-Anhalt zu unterstützen.

Mir stellt sich da die Frage: Wie helfen wir „unseren Nachbarn“?

Werner Müller, Brandenburg/Havel

Übrigens...

DIE LINKE ist die einzige der im Bundestag vertretenen Parteien, die keine Großspenden von Konzernen, Banken, Versicherungen und Lobbyisten erhält. Unsere wichtigste Einnahmequelle sind unsere Mitgliedsbeiträge. Das macht uns unabhängig vom Einfluss Dritter. Wir sind nicht käuflich. Für Spenden

von Genossinnen und Genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten sind wir aber dankbar. Durch diese Spenden ist es möglich, Projekte und Kampagnen zu finanzieren, die wir uns sonst nicht oder nicht in diesem Maße leisten könnten. Dafür danken wir im Namen der Partei DIE LINKE allen Spenderinnen und Spendern

ganz herzlich. Nur weiter so! Wir haben noch viel zu tun und jede Menge gute Ideen, die wir mit zusätzlichen Spenden verwirklichen können. Uns hilft jeder Euro.

Weitere Informationen sind in den Geschäftsstellen der LINKEN Teltow-Fläming in Ludwigsfelde, Jüterbog und Luckenwalde zu erfragen. <

Wie sozial gerecht ist Deutschland?

Deutschland – eines der reichsten Länder. Die Wirtschaft stark und stabil. Ja, so hören wir es täglich über die Medien. Was ist das doch für eine mehr als gute Grundlage für ein gutes Leben aller Deutschen.

Was ist sozial und was ist gerecht? In Deutschland scheiden sich die Geister, wenn es darum geht, die soziale Lage einzuschätzen, und darüber, wie viel Umverteilung gerecht ist. Die eine Seite bescheinigt Deutschland, verglichen mit anderen Ländern eine glatte zwei als Benotung, weil soziale Gerechtigkeit nicht deutlich definiert ist.

Sahra Wagenknecht, eine Frontfrau der Partei DIE LINKE, ist der Meinung, dass Deutschland eine fünf verdient. Sie misst Deutschland an seinen eigenen Möglichkeiten.

Verglichen am Gesamtvermögen stellt man in Deutschland fest, dass nur ein Prozent der Bevölkerung im Besitz von über 90 % des Geldes ist. Hier tritt die elementare Ungerechtigkeit voll zutage. Das ist die grundlegende Beobachtung.

Ich bin der Meinung, niemand kann mehrere Millionen oder gar Milliarden selbst erarbeiten. Es gab einmal einen urliberalen Anspruch, der lautete: „Eigentum entsteht durch Arbeit.“ Dem ist nicht mehr so. Es existiert keine Leistungsgerechtigkeit mehr. Was jemand wird, hängt nicht mehr von seinen Begabungen ab, sondern ob er zum Club der glücklichen Spermien gehört. Die Oberschicht bildet heute nur noch ein Prozent. Die Mittelschicht schrumpft immer mehr. In den vergangenen 10 Jahren sind fünf Millionen Menschen aus ihr abgestiegen. Ein solches Land kann nicht gut dastehen.

Der Staat sollte sich Gedanken machen, wer die eigentlichen Leistungsträger sind. Wer ist es, der den Staat aufbaut und zusammenhält? Wer schafft die sozialen Werte? Was ist für den Staat wichtig? Der Mensch,

der die materiellen und sozialen Werte schafft, oder ein Prozent der Bevölkerung, die an Geldgier nicht mehr zu übertreffen ist. Wie hoch ist die Leistung einer Altenpflegerin oder einer Krankenschwester trotz schlechter Bezahlung einzuschätzen? Ich denke, weit mehr als die Leistung eines Millionenerben oder eines Investmentbankers.

Für eine gesunde Staatsstruktur muss der Mittelstand in der Lage sein, für gutes Geld gute Leistung anzu-



bieten. Dort liegt auch das Potenzial, für viele verschiedene Begabungen wieder Arbeit zu schaffen. Es muss aufhören, auf dem Rücken des Mittelstandes ein Prozent zu bevorteilen. Dort ist bereits mehr als genug.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist der soziale Missstand in der Bildung. Für mich fängt die Förderung bereits in der Bereitstellung von KITA-Plätzen an. Diese Förderung ist zwangsweise bereits per Gesetz zu einer Forderung gewandelt worden. Das ist der erste Schritt.

Der zweite Schritt sollte sein, dass der Staat die KITA-Plätze kostenlos zur Verfügung stellt. Damit können bereits Kleinkinder aller Bevölkerungsgruppen entsprechend ihren Fähigkeiten und Neigungen bis zum Schulanfang entdeckt und gefördert werden. Die Schulbildung muss neu reformiert werden – gleiche Chancen für alle Kinder. In Zukunft sollte stets darauf geachtet werden, wo die Kinder und Jugendlichen ihre Stärken haben. Das

gilt es herauszufinden. Wenn diese Grundlagen vorhanden sind, können die Studienplätze wesentlich besser besetzt werden. Bildung darf auf keinen Fall vom Kontostand der Eltern abhängen.

In der MAZ vom 27. Juni 2013 war zu dieser Thematik ein Artikel veröffentlicht. Darin wurden in einer Sozialerhebung die Chancen auf ein Studium offengelegt. So können von 100 Kindern aus Akademiker-Familien 77 studieren, aus Familien ohne akademischen Hintergrund nur 23 Kinder. Das sind die aktuellsten Zahlen aus der Veröffentlichung des Deutschen Studentenwerks vom 26.06.2013.

Ein letztes Thema zur Diskussion. Es ist das Lieblingsthema vieler Deutschen. Es geht um Steuerflucht. Wie kann es sein, dass es Mitbürger gibt, die im Rausch von Millionengewinnen nicht mehr wissen, was sie mit ihrem Reichtum anstellen sollen.

Abgeben – daran verschenken sie keinen Gedanken. Unrechtsbewusstsein – ist außer Kraft gesetzt. Schnell verbringen sie ihre Millionen oder Milliarden ins Ausland, um keine Steuern zahlen zu müssen. Gern nutzen die sehr Reichen auch die Steuerschlupflöcher. Dabei können sie es nicht einmal verleben.

In den USA sind die Finanzinstitute per Gesetz verpflichtet, Kontenbewegungen ins Ausland zu melden. Das ist doch mal eine Ansage und es zeigt, dass es machbar ist vonseiten des Staates.

Soziale Einrichtungen alle Bereiche unseres Lebens freuen sich sicher, wenn die finanziellen Zuwendungen mal wieder erhöht würden. In vielen KITAs, Schulen, Universitäten oder Seniorenheimen möchten die Verantwortlichen sehr gern ihre Angebote erweitern oder verbessern. Was meinen Sie, wie sozial gerecht ist Deutschland heute???

Erika Kirschner, Luckenwalde

Gesamtmitgliederversammlung des Stadtverbandes Luckenwalde

Seit nunmehr vielen Jahren führt der Stadtverband Luckenwalde einmal im Quartal eine Gesamtmitgliederversammlung durch, zu der auch Nuthe-Urstromtaler und Sympathisanten gern gesehene Gäste sind. So konnte der Vorsitzende, Hartmut Ukrow, am letzten Freitag des Monats Juni 22 Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrüßen.

Vor Einstieg in die Tagesordnung dankte er noch einmal allen, die zum guten Gelingen unseres Familienfestes am 1. Mai beigetragen hat. Beim ersten Tagesordnungspunkt konnte Hartmut Ukrow uns die freudige Nachricht übermitteln, dass sich unsere Kreisvorsitzende, Kornelia Wehlan, um die Stelle als Landrätin bewerben wird. Hatte sie doch bei der Direkt- und bei der Stichwahl ihre Mitbewerber weit hinter sich gelassen. Und zur Erfüllung des Quorums fehlten nur 541 Stimmen. Von Ingrid Köbke wird die Bewerbung Kornelia Wehlans begrüßt. Sie schlägt vor, durch Leserbriefe diese Bewerbung zu unterstützen.

Da der Vorsitzende der Luckenwalder Stadtfraktion erkrankt war und keine dringenden Probleme zu besprechen waren, entfiel der TOP Informationen der Stadtfraktion.

Umso mehr Termine ergaben sich für den Bundestagswahlkampf und für die darauf folgende Zeit.

Zum 15. Juli 2013 wurde in den Kreisausschuss-Saal um 18.00 Uhr zur inhaltlichen Vorstellung des Wahlprogramms eingeladen. Norbert Müller, Kandidat im Wahlkreis 61, und Steffen Kühne, Kandidat im Wahlkreis 62, sollten das Bundeswahlprogramm vorstellen.

Offiziell beginnt der Bundestags-

wahlkampf am 12. 08. 2013. Info-Stände finden ab 18.08. statt. Ab 24.08. läuft die „heiße Phase“. Das heißt u. a., jede Woche ein Info-Stand.

Am 04.09. ist Helmuth Markov in unserem Kreisverband unterwegs. Über den genauen Ablauf wird noch rechtzeitig informiert.

Am 30.11.2013 um 9.30 Uhr findet im Kreistagssaal eine Gesamtmitgliederversammlung aller Gebiete des



Konzentrierte Gesichter während der Versammlung

Foto: M. Thier

KV TF statt. Aufgaben dieser Gesamtmitgliederversammlung werden u.a. sein: Die Wahl eines neuen Kreisvorstandes und der Kreisfinanzrevisionskommission sowie die Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag.

Auf Beschluss des Kreisvorstandes wird eine AG Wahlmarathon gebildet mit den Aufgaben Kader und Wahlprogramme. Alle Mitglieder unseres Kreisverbandes sind aufgerufen, Vorschläge für Kandidaten und für die Wahlprogramme zu unterbreiten.

Die Frage innerhalb der Diskussion, wie die Kritik der Öffentlichkeit am Kreishaushalt und an der Arbeit von Kirsten Gurske zu werten ist, beantwortete der Vorsitzende der Kreistagsfraktion, Jürgen Akuloff. Der Haushalt ist ein Ergebnis mehrerer Wahlperioden. Der Kreis hat sich mit politischen Beschlüssen auf dem Gebiet der Finanzierung übernommen. Strittig ist gegenwärtig, ob die Kreisumlage erhöht wird. Von der Verwaltung wur-

de der Haushalt zurückgezogen. Das hat zur Folge, dass sich der Landkreis in der vorläufigen Haushaltsführung befindet. Das heißt, dass gegenwärtig die Kreisumlage nicht erhöht ist.

Der Vorwurf, die Haushaltsführung des Landkreises sei falsch, ist nicht richtig.

Mit der MBS wurde abgesprochen, dass aus der Gewinnausschüttung der MBS ca. 488.000 Euro für die Finanzierung der freiwilligen Aufgaben verwendet werden sollen. Ein weiteres strittiges Problem ist die Finanzierung des Flugplatzes Schönhagen.

Des Weiteren bewegt das Verhalten des Vorsitzenden des Kreistages die Gemüter. Abschließend informierte Jürgen Akuloff über den kritikwürdigen Umgang mit Tankkarten eines Beamten und eines Angestellten der Kreisverwaltung.

Auf die Frage, wie die Teilnehmerzahl unserer Bildungsabende erhöht werden kann, konnte keine Lösung gefunden werden.

Ingrid Köbke fordert die Anwesenden auf, bereits schon jetzt Sachspenden für die Tombola am 1. Mai 2014 zur Verfügung zu stellen. Ferner schlägt sie vor, bei der Verteilung unseres LinksBlick Ausfälle durch die Verteiler auszugleichen.

Über die Seniorenarbeit im Stadtverband Luckenwalde informierte Annelore Müller. Gegenwärtig sind 44 Mitglieder unseres Stadtverbandes 60 Jahre und älter.

Am 15.08. wird bereits zum 4. Mal der Grill-Nachmittag durchgeführt. Am 23.10. ist eine Veranstaltung mit Apotheker Engel geplant. Für 2014 beabsichtigt die AG Senioren, Ausflüge zum Bauernmuseum Blankensee und zum Wildpark Johannismühle zu organisieren.

Brigitte Paul, Luckenwalde

Kriegsereignisse und Gedenkkultur 1813-2013 - Befreiungskrieg im Landkreis Teltow-Fläming

Zum Geleit und zur Einführung schreibt Silvio Fischer, der Leiter des Museums des Teltow: „Historische Gedenktage, in diesem Fall die 200. Wiederkehr des Unabhängigkeitskrieges Preußens gegen die napoleonische Fremdherrschaft 1813, sind eine gute Gelegenheit, sich früherer Geschehnisse zu erinnern, das Wissen über sie aufzufrischen oder zu erweitern, zugleich aber auch Fragen an die Geschichte zu stellen und über die Antworten zu diskutieren.“

Die beiden Autoren, Historiker, Professoren aus Klausdorf in der Gemeinde Am Mellensee, legen mit ihrer Arbeit eine erstmalige Zusammenfassung der Ereignisse vor 200 Jahren im heutigen Kreisgebiet vor. Zu Beginn werden die Verhältnisse in Preußen von 1812 dargestellt sowie das Anwachsen der Befreiungsbewegung zum Kampf gegen Napoleon, das Wirken, besonders der Reformer vom und zum Stein und Scharnhorst, die Rolle und das Verhalten des preußischen Königs, das Bündnis Preußens mit Russland.

Einen großen Raum nimmt die Darstellung des „Herbstfeldzuges“ 1813 ein; sehr eindrucksvoll und

konkret werden unter anderem die Schlachten von Großbeeren und Dennewitz, die Gefechte bei Luckenwalde, von Trebbin, Nunsdorf, Mellensee, Wietstock, Jühnsdorf, Blankenfelde und Dahme geschildert. Dabei wird ebenfalls deutlich gemacht,



wie die Bevölkerung an diesem Kampf teilnahm, welche Lasten und Leiden sie zu ertragen hatte. Erstaunlich und bewundernswert ist es, wieviel Quellen die Verfasser studiert und ausgewertet haben. Zahlreiche Abbildungen und Fotos von Gedenkstätten, Gedenksteinen, Gedächtnistafeln, Obeliske, Denkmalsanlagen, Kartenskizzen, Porträtaufnahmen wichtiger historischer Persönlichkeiten, Zeitzeugenberichte vermitteln ein

lebendiges und anschauliches Bild. Sie mahnen uns, die noch heute vorhandenen steinernen Zeugen der Erinnerung zu erhalten und zu pflegen und zu begreifen, dass jeder Krieg Leid, Not und Tod bringt. Dieses sehr ansprechende Büchlein ergänzen Eva

Maria und Gerhard Engel in einer Ausstellung gleicher Thematik im Museum in Wünsdorf, die am 09.07. dieses Jahres eröffnet wurde und bis zum 20. Oktober läuft. Beides ist sehr zu empfehlen, auch für Jugendliche verständlich, emotional bewegend und zum Nachdenken anregend. Engels entlassen uns mit der Mahnung: Wichtiger noch aber ist: Möge jedes Denkmal für den Betrachter ein „Denk mal“ sein.

Zu empfehlen ist in diesem Zusammenhang das Buch „1813 Kriegsfeuer“ von Sabine Ebert.

Detailgetreu und nah an den Menschen der damaligen Zeit erschafft sie ein Bild der einfachen Menschen, die ihren Alltag während der Befreiungskriege bestreiten müssen. Ein lehrreiches, historisches und lebhaftes Buch (ISBN 3-426-65214-5).

Christa Zernick, Am Mellensee

Diesmal per Briefwahl wählen - ganz einfach!

Wer bereits weiß, wen er wählen will, der kann ganz einfach und kostenlos Briefwahlunterlagen beantragen.

Bei der Briefwahl bekommen Wahlberechtigte den Stimmzettel per Post nach Hause geschickt, füllen ihn dort aus und schicken ihn anschließend per Post an das Wahlamt zurück. Beim Antrag auf Briefwahl mit der Wahlbenachrichtigungskarte muss man keinen Grund angeben. Ebenso können die Briefwahlunterlagen im Wahlamt auch persönlich beantragt und abgeholt werden. Dort besteht auch die Möglichkeit, die Stimme vor

Ort abzugeben. Die Briefwahlunterlagen können auch durch einen mit einer schriftlichen Vollmacht und Ihrer Wahlbenachrichtigungskarte ausgestatteten Vertreter abgeholt werden.

Übrigens kann der Antrag sofort gestellt werden, man muss nicht zwingend die Zusendung der Wahlbenachrichtigungskarte abwarten. Die Stimmzettel werden allerdings erst ca. vier Wochen vor dem Wahltermin, also Ende August, verschickt. In der Woche vor der Wahl, also nach dem 16.

September 2013, sollte man keine Briefwahlunterlagen mehr anfordern, weil sie möglicherweise dann zu spät ankommen und nicht mehr mitgezählt werden.

Wichtig ist, dass die Stimmzettel am Wahlsonntag, dem 22. September 2013, spätestens um 18.00 Uhr im Wahlamt vorliegen. Deshalb sollte man Briefwahlunterlagen nicht unnötig liegen lassen, sondern sie sofort ausfüllen und abschicken.

Man kann in den Wahlämtern der Städte und Gemeinden auch vor Ort seine Stimme abgeben. <

Termine

14.08.2013 ganztägig

Steffen Kühne, Kandidat für die Bundestagswahl 2013 im Wahlkreis 62 unterwegs im Amtsbereich Dahme/Mark

14.08.2013 10.00 Uhr

Redaktion
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

15.08.2013 15.00 Uhr

Grillnachmittag der Senioren
Jüterboger Straße, Luckenwalde

19.08.2013 19.00 Uhr

Kreisvorstandssitzung
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

24.08.2013 ganztägig

Beginn der Plakatierungen im gesamten Landkreis

30.08.2013 09.00 Uhr

Brandenburgs Finanzminister Helmuth Markov in Ludwigsfelde

11.09.2013 18.00 Uhr

Dr. Volkmar Schöneburg, Minister der Justiz im Gemeindesaal in Großbeeren

12.09.2013 19.00 Uhr

Steffen Kühne im Bürgerforum im Bürgerhaus Zossen

13.09.2013 14.00 Uhr

Almuth Hartwig-Tiedt, Staatssekretärin im Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz im DRK-Krankenhaus in Luckenwalde

IMPRESSUM

Geschäftsstellen: 14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel: 0 3371/632267, Fax: 63 69 36, 14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel: 033 72/432691, Fax: 443033, 14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17, Tel: 03378/510653, Fax: 03378/510654
Spendenkonto: 363 302 7415, BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam
Redaktionsschluss: 10. Juli 2013, der nächsten Ausgabe: 14. August 2013

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming,
V.i.S.d.P.: T. Senst, E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de

Herzliche Glückwünsche

senden die Basisorganisationen und
Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern

Christa Schubert in Blankenfelde zum 72. Geburtstag am 20.08.

Gerd Knitter in Ludwigsfelde zum 76. Geburtstag am 21.08.

Lothar Scholz in Jüterbog zum 78. Geburtstag am 22.08.

Kurt Elstermann in Jüterbog zum 91. Geburtstag am 30.08.

Axel Wilske in Blankenfelde zum 73. Geburtstag am 30.08.

Werner Schulze in Luckenwalde zum 86. Geburtstag am 02.09.

Peter Dunkel in Ludwigsfelde zum 71. Geburtstag am 06.09.

Horst Hennig in Niedergörsdorf zum 73. Geburtstag am 07.09.

Erika Günther in Blankenfelde zum 80. Geburtstag am 18.08.

Andreas Ziege in Luckenwalde zum 60. Geburtstag am 19.08.

Ilse Sachse in Ludwigsfelde zum 85. Geburtstag am 02.09.

Hans-Georg Löwecke in Luckenwalde zum 60. Geburtstag am 03.09.

Walter Falke in Am Mellensee zum 85. Geburtstag am 06.09.

Conrad Irrgang in Zossen zum 65. Geburtstag am 08.09.

Annelore Müller in Luckenwalde zum 80. Geburtstag am 10.09.

Respekt und Anerkennung für Matthias Platzeck

Matthias Platzecks Entscheidung verdient unseren aufrichtigen Respekt.

Wir wünschen ihm alles Gute und vor allem die Stabilisierung seiner Gesundheit. Wir bedauern zugleich, dass er diese Entscheidung treffen musste. Und wir danken Matthias Platzeck für sein Engagement für unser Land und für die gute Zusammenarbeit in der Koalition.

Matthias Platzeck hat Brandenburg seit 1990 mit gestaltet und seine Spuren hinterlassen. Er hat, wie zuvor Manfred Stolpe und Regine Hildebrandt, den Zusammenhalt der Gesellschaft proklamiert und gelebt. Er war es, der sich entschieden hat,

mit uns - gegen viele Widerstände - eine Koalition einzugehen und Gemeinsinn und Erneuerung zu leben. In den vergangenen vier Jahren haben wir gemeinsam viel erreicht.

Mit Dietmar Woidke tritt einer seine Nachfolge an, den wir aus gemeinsamer Arbeit schätzen. Die gemeinsame Arbeit mit der SPD am Koalitionsvertrag und für ein solidarisches Brandenburg wird ohne Bruch weitergehen.

*Fraktion DIE LINKE.
im Landtag Brandenburg*

50 Goldene
Hochzeit

*Wir gratulieren
Ingrid und Ralf Köbke
zur Goldenen Hochzeit.
Wir wünschen Euch,
Zufriedenheit, Gesundheit und
dass die Zukunft noch viel
Schönes bringt.*

*Kreisverband DIE LINKE.
Teltow-Fläming*